

5. Sitzung des 26. Studierendenparlamentes am 12.11.2018

Beginn: 19 Uhr – Vortragsraum 0‘101 im Schrödinger-Zentrum, Adlershof

Ende: 22:22 Uhr

Abstimmungsergebnisse in der Form: ja / nein / Enthaltungen

Abkürzungen der Listennamen, so weit diese nicht selbst von der Liste verwendet werden (z.B. Jusos): PoS Power of Science, Eu3T Ewig und 3 Tage, BuT Bildung und Transparenz, LGV LinksGrünVersifft, SHL Säkulare-Humanistische Liste, LHG Liberale Hochschulgruppe, StupaProg StuPa Progressiv, LiLi Linke Liste, LuSt Liste unabhängiger Studierender
Weitere Abkürzungen siehe <https://www.refrat.de/fako.infos.html#a625>

1. Begrüßung, Beschluss der Tagesordnung

1.1 Begrüßung

Das Präsidium begrüßt die Anwesenden.

1.3 Beschluss der Tagesordnung

Laura (Präsidium): bei der Benennung TOP 4.2 ist ein Fehler passiert, das wird geändert zu Referat für Antifaschismus.

Jule (Referat Lehre und Studium): bittet um Aufnahme eines dringenden Antrags zur Solidarisierung mit dem AStA der Uni Osnabrück, der wegen der Ereignisse Ende Oktober erst später kam. Keine Gegenrede. Aufgenommen als TOP 5.7.

Lara (Wahlvorstand): bittet um Aufnahme eines TOPs am Anfang des TOP 5 zur Wahlordnung. Keine Gegenrede.

- Tagesordnung so mit 4.3 Wahl Referat Antifaschismus, 5.0 Entschließung Wahlordnung, 5.7 Solidarisierung Osnabrück angenommen. -

2. Bestätigung des Protokolls der 4. Sitzung (26. StuPa) vom 22.10.2018

Laura (Präsidium): Mehrere Änderungen sind eingearbeitet worden, die vorher per Email eingereicht wurden. Zum TOP 5.5 ist noch in rechtlicher Klärung, ob der so abgestimmte Antrag dann wirksam werden kann. Mert (SDS) hat einen Änderungswunsch zu seinem Beitrag unter TOP 3.3 Berichte eingereicht, den wir als Präsidium nicht angenommen haben.

Johannes (BuT): zu 3.3 Berichte, hat eine Ergänzung: alle die reden, sollen auf ihr Redeverhalten achten, so dass es angenehmes Miteinander ohne persönliche Vorwürfe werden kann.

Niklas (PoS): Nachfrage zu 4.6, ist geklärt. Schlägt vor, zu TOP 5.5 im Protokoll „Antrag angenommen“ zu streichen, weil unklar sei, ob die nötige Mehrheit überhaupt gegeben sei.

João (Liste LuSt): dieser Punkt ist gerade in Klärung eines laufenden Rechtsverfahrens vor dem Verwaltungsgericht wegen der Aufhebung des Quotierungsbeschlusses vom 26.04.18 durch die HU.

- Abstimmung über Streichung „Antrag angenommen“ zu TOP 5.5: 15 / 18 / 4. Nicht geändert. -

Max (StupaProg): sieht es so, dass das Protokoll die Ereignisse wiedergeben soll, und alles beinhalten sollte, was gesagt wurde.

Jakob (Präsidium): erklärt, warum nur eine kurze Zusammenfassung im Protokoll enthalten ist.

Robert (LHG): sieht Unterhaltungswert des Beitrags von Mert gegeben.

Jakob (Präsidium): wiederholt den Standpunkt und bittet um Abkürzung.
- Abstimmung über gewünschte Ergänzung von Mert zu 3.3: 12 / 20 / 11. Nicht geändert. -
- Protokoll vom 22.10.2018 in dieser Version per Akklamation angenommen -

3 Mitteilungen und Berichte

3.1 Präsidium

Laura (Präsidium): Sitzungsvorbereitung, Auswertung und Überlegungen für möglichen Umgang mit neuerlichen Wortbeiträgen wie im vorherigen StuPa, die persönliche Angriffe enthalten. Es wird eine nachträgliche Verwarnung an Mert ausgesprochen. Es droht Ausschluss von der Sitzung.

3.2 RefRat

Berichte werden mündlich vorgetragen.

Hochschulpolitik:

Lehre und Studium:

- Redebeitrag auf der VV
- Urteil vom Oberverwaltungsgericht zu UniAssist: alle, die sich über UniAssist beworben haben, können im Fall der Ablehnung den Weg der Einklage auf einen Studienplatz gehen
- Betreuung der noch laufenden Einklageverfahren
- Vorbereitung Sitzung LSK
- Teilnahme an der AG „Erfolgsquote“

Finanzen:

- Abrechnungen: Abrechnungstermin für das gesamte Jahr 2018 ist der 14.11.
- Personalverwaltung: Problematik mit der HU-Personalverwaltung, die unsere Stellen derzeit nicht weiter bearbeitet. Vor allem im Semesterticketbüro gibt das Probleme, die Sozialfonds-Anträge überhaupt alle zu bearbeiten.
- Gespräch des RefRat mit dem Präsidialamtsleiter Herrn Weiß: u.a. Thema Kostenbeteiligung durch die Studierendenschaft, ausführliche Begründung steht aber noch aus. Weiteres Thema war die Unterstellung, dass studentische Fachschaftscafés Gewerbebetriebe wären. Das ließ sich aber in unserem Sinne klären. Nutzung von Fotos und Logos der HU: HU-Leitung sorgt sich um unwahrscheinliche Situationen

Fachschaftskoordination:

- FRIV durchgeführt
- FRIV nächste Woche (21.11) mit P und VPL vorbereitet
- Workshop „Einführung in die Gremien- und Fachschaftsarbeit“ durchgeführt
- Vorbereitung Gespräch Bibliothekssituation (nicht „SHK-Krise“) am kommenden Donnerstag (15.11.) mit VPL
- Input dazu in Form von Beschwerden, Vorschlägen und Argumentationshilfen gewünscht

LGBTI:

- Antragsbetreuung Veranstaltungen zur Dritten Option und die WHO-Änderungen in Bezug auf Trams*
- Arbeit am Semesterprogramm
- Gestaltung des Bewerbungsprozess zu Neueinstellung in der adb

Politisches Mandat und Datenschutz:

Ökologie und Umweltschutz:

Vernetzungstreffen mit dem Nachhaltigkeitsbüro, Vorbereitung FONU, Semtix-Treffen (Vorbereitung uniweite

Umfrage zum Mobilitätsverhalten von Studierenden), VBB Treffen hat leider immer noch nicht statt gefunden, VV Vorbereitung, Werbung und Protokoll, Redebeitrag Soli-Veranstaltung für den Refrat der IYSSE, Tagesgeschäft (u.a. Mailverkehr, Büroarbeit etc.)

Öffentlichkeitsarbeit:

- Einarbeitung
- Raum-Anträge

Queerfeministisches Referat:

- Betreuung der Antidiskriminierungsberatung, Vernetzung und Bewerbungsprozess
- Betreuung von Anträgen
- Einrichtung des FLTI-Raums
- Redebeitrag bei der VV zur Diskriminierung von trans und inter Personen an der HU
- Planung der Aktionswoche, Veranstaltungsorga und -durchführung
- allgemeine RefRat-Arbeit:
 - * Verteilen von StudKals
 - * Vertreten des RefRats auf Soli-Veranstaltung der IYSSE
 - * Brief wegen HU-an-Studis-Abschaltung verschickt

Juliane (ehemals Wahlvorstand): Nachfrage an queerfem-Referat zum Mailverteiler

Michi (queerfem-Referat): es gibt einen Austausch mit der Öffentlichkeitsabteilung der HU. Es wurde am Ende nicht gewährt, eine Email an alle studentischen HU-Accounts zu senden, obwohl das in Aussicht gestellt worden war.

Jule (Referat Lehre und Studium): wiederholt, wie es gelaufen ist: unter der Begründung DSGVO wurde dem RefRat der Zugang zum Verteiler hu-an-studis verwehrt, der dann abgeschaltet wurde. Ein versprochenes Gesprächsangebot gab es allerdings nicht. Angeboten wird ein Verteiler, zu dem der RefRat Zugang hat, bei dem sich Studierende selbst einschreiben müssen. So einen Verteiler hat der RefRat mit dem RefRat-Newsletter allerdings bereits. Ziel des RefRats wäre ein neuer Verteiler an alle Accounts bzw. Zugang für den RefRat zu einem solchen Verteiler, den die HU weiterhin hat. Die HU-Leitung spreche immer von nötiger Öffentlichkeit und verhindert dann diese Öffentlichkeit durch solches Verhalten.

Laura (SHL): hat mit Datenschutzbeauftragtem der HU, gesprochen. Der RefRat hätte wohl Gelegenheit gehabt, ein Opt-In zu versenden. Fragt dazu nach.

Helge (autoalks): diese Email ging nebenbei an ihn, es gab keine solche Gelegenheit zum Opt-In, nur Angebot für einen neuen Verteiler zum Selbst-Einschreiben.

Jakob (Präsidium): ergänzt, dass ein DSGVO-konformer Verteiler mit Zugang für den RefRat möglich ist, von der HU-Leitung aber anscheinend nicht gewünscht ist.

Weitere Berichte werden vom Referat für Öffentlichkeitsarbeit vorgetragen.

Kultur:

- Veranstaltungsplanung zu Antirassismus und Campus Politics

Stuki:

- Betreuung des Kinderladens
- Aktualisierung des Einstellungsprozesses
- Teilnahme an Teamsitzung im Kinderladen
- Einstellung neuer Erzieherinnen
- Antragsbetreuung

Publikation:

- Verschickung und Verteilung neue Huch
- Redaktion Huch 89
- LAK AG Wohnen
- Social Media und Lektorat

3.3 Weitere Berichte

Lara (Wahlvorstand): es gibt Neuigkeiten zur Wahlordnung. Die HU hat am Freitag einen Brief geschrieben, dass die Veröffentlichung und dadurch Inkraftsetzung der Studentischen Wahlordnung, die das StuPa geändert hat, im Amtlichen Mitteilungsblatt (AMB) fälschlicherweise erfolgt sei. Es gebe Kritikpunkte, die gegen die Veröffentlichung sprechen: Verwendung von Namen von Trans*-Personen auf den Wahlzettel. Als Antwort darauf gibt es eine Erklärung des alten (bisherigen) Wahlvorstands, die unter Punkt 5.0 vorgetragen wird.

Niklas (PoS): hat eine Nachfrage dazu, wer genau die Ordnung bestätigen muss, Senatsverwaltung oder HU-Leitung.

Lara (Wahlvorstand): die Auffassung der Rechtsabteilung der HU ist, dass die veröffentlichte Wahlordnung nicht gültig sei. Fristen laufen aber schon, d.h. im laufenden Verfahren zur nächsten Wahl lässt sich nur noch nach der neuen Ordnung verfahren. Es ist noch keine Einigung unter den bisher angefragten Jurist_innen erfolgt. Denkbar wären Beschlüsse zur Anwendung der Wahlordnung. Die Bestätigung erfolgt durch die HU, die es wiederum weitergibt an die Senatsverwaltung. Die Weitergabe an die Senatsverwaltung durch die HU ist noch nicht erfolgt.

4. Wahlen und Bestätigungen

4.1 Studentischer Wahlvorstand

Der neue Wahlvorstand stellt sich vor: Emma, Lara, Juliane. Alle studieren Jura. Emma ist sehr interessiert, Juliane war 2016 bereits im Wahlvorstand, Lara möchte die Wahlordnung einmal live erleben.

Lara (bisheriger Wahlvorstand): erläutert, dass 4 Leute zur Wahl stehen, eine Person aber krank ist. Liest Vorstellungstext von Phillip vor. Dieser möchte gern hinter die Kulissen schauen und sich für das Wohl der Studierendenschaft engagieren.

Laura (Jusos): fragt nach Parteimitgliedschaften.

Lara: arbeitet bei der Linkspartei im Abgeordnetenhaus, ist Mitglied der Linkspartei.

Emma: arbeitet bei der FDP im Bundestag, keine Parteimitgliedschaft. Muss sich wegen Krankheit jetzt schon verabschieden, nimmt im Fall des Falls die Wahl an.

Juliane: ist parteilos.

Es bildet sich eine Wahlkommission: Tim (SchwuLis), Max (StupaProg), Annka (LGV).

Laura (Präsidium): erklärt das Verfahren: die zu wählenden Namen auf den Zettel schreiben, es muss nicht angekreuzt werden.

- *Wahlergebnis: 48 abgegebene Stimmen, davon zwei ungültig, Quorum 24. Emma 36 Ja, Lara 40 Ja, Juliane 44 Ja, Phillip 42 Ja. Alle vier sind gewählt und nehmen die Wahl an.*

Juliane (Wahlvorstand): bittet Vertreter_innen von Fachschaften um Unterstützung, um die StuPa-Wahlbekanntmachung zu verteilen und auszuhängen, was demnächst per Email ankommen wird.

4.2 Referat für Antirassismus

João (Referat für Finanzen): die Antira-VV findet erst noch statt, beantragt daher kommissarische

Verlängerung von Cyrille bis zur nächsten Sitzung.

Michi (qFLGBTI): stimmt dem zu.

- Abstimmung: *sehr viele / keine / wenige. Angenommen.* -

4.3 Referat für das Politische Mandat und Datenschutz

Kjell (bisher im Referat): empfiehlt dringend Ronja und Lennart als Nachfolge. Lennart kandidiert als Haupt-, Ronja als Co-Referent_in.

Lennart: stellt sich vor, siehe nachträglich eingegangene Bewerbung. Ist Mitglied im akj und seit mehreren Jahren interessiert und aktiv zum Thema Datenschutz.

Ronja: stellt sich vor, hält das Politische Mandat für spannend und wichtig.

Bengt (Jusos): fragt zu einer Veranstaltung des Bundes-akj BAKJ von 2016 nach und zum Verhältnis zur BDS-Bewegung anhand eines nicht mehr öffentlich auffindbaren Statements auf der Websites des BAKJ.

Lennart: das war vor drei Jahren und im BAKJ, der heutige akj ist ein anderer und hat das angesprochene Statement auch von der Website herunter genommen.

Laura (Präsidium): erklärt das Verfahren, Co-Referent_in hängt von Wahlerfolg Haupt-Referent_in ab.

- Wahlergebnis: *39 gültige abgegebene Stimmen, 9 ungültig, Quorum 20. Lennart (Haupt) 32 Ja / 6 Nein / 1 Enthaltung, Ronja (Co) 32 Ja / 7 Nein / 0 Enthaltung. Beide sind gewählt und nehmen die Wahl an.* -

4.4 Referat für Antifaschismus

Paul stellt sich vor, wurde von der VV gewählt und bittet um Bestätigung. Will sich u.a. um die Themen AfD und BDS-Bewegung kümmern.

Niklas (PoS): Fragt, ob Paul bereits ein Referat hatte.

Paul: war vor längerer Zeit mal ein Jahr lang Kulturreferent.

Laura (Präsidium): erklärt, dass das Referat für Antifaschismus nur bestätigt wird.

David (RCDS): fragt, wer gewählt hat.

Paul: das war die VV der antifaschistischen Studierenden.

João (Referat Finanzen): ergänzt, dass die „Hummel“ diese Gruppe der antifaschistischen Studierenden ist.

David (RCDS): fragt, wie man Mitglied dort wird.

Paul: antwortet, dass das über Kontaktaufnahme mit der HUMMEL passiert. Ist aber selbst erst seit diesem Semester wieder an der HU.

David (RCDS): fragt nach.

Paul: antwortet, dass grundsätzlich Mitgliedschaft möglich ist und schlägt Besuch einer Veranstaltung als ersten Anlaufpunkt vor.

- Abstimmung: *viele / zwei / einige. Mit einigen Enthaltungen bestätigt.* -

4.5 Referat für Kultur

Bonni stellt sich vor, siehe Bewerbung. Hat bereits Erfahrungen in Veranstaltungsorganisation und Kulturarbeit.

Tobi (LiLi): fragt nach Interesse, ein Sommerfest des RefRat vorzubereiten.

Bonni: Kann sich das gut vorstellen.

- Pause: *20:30 bis 20:40.* -

- Wahlergebnis: *45 gültige Stimmen, Quorum 23. 44 Ja / 1 Nein / 0 Enthaltungen / 2 Ungültige.*

Bonni ist gewählt und nimmt die Wahl an. -

5. Anträge

5.0 Wahlvorstand: Entschließung zur Wahlordnung

Lara (Wahlvorstand): stellt den Antrag vor, der vorliegt.

- Abstimmung: viele / keine / zwei. Mit zwei Enthaltungen angenommen. -

Das StuPa beschließt:

I. Das Präsidium der Humboldt-Universität zu Berlin wird aufgefordert, die Wahlordnung in der vom StuPa am 26. April 2018 beschlossenen Fassung bis Ende des Monats November 2018 zu bestätigen und lediglich den Bestätigungsvermerk im Mitteilungsblatt der Universität zu ergänzen.

II. Im Gegenzug stellt das StuPa in Aussicht, die Änderungswünsche der Universität wohlwollend zu prüfen und nach Durchführung der Wahl eine entsprechende Überarbeitung in das Beschlussverfahren einzubringen.

5.1 Finref: Nachtragshaushalt 2018 (2. Lesung)

Max und João (Finanzen): berichten über eine Änderung des Nachtragshaushalts im Vergleich zur ersten Lesung vor, Beitragssatz von 21,27 % Sozialbeiträgen statt 11 % bei den 60-Stunden-Stellen des RefRat.

- Abstimmung: viele / keine / zwei. Mit zwei Enthaltungen angenommen. -

Das StudentInnenparlament stellt die Haushaltsrechnung 2017 fest.

Das StudentInnenparlament beschließt den 1. Nachtragshaushaltsplan 2018 der Studierendenschaft in den Kapiteln 33333 und 34444 in der vorliegenden Fassung.

5.2 Finref: Stelleneinrichtung

João (Finanzreferat): stellt den Antrag kurz vor.

David (RCDS): fragt nach, wie die Ausschreibung erfolgen wird und ob Studierende eingestellt werden.

João (Finanzreferat): die Ausschreibung wird wie üblich erfolgen durch hochschulöffentliche Veröffentlichung auf der RefRat-Website, in Aushängen, und Emails. Es werden Studierende gesucht.

David (RCDS): wünscht sich, dass ausgeschrieben wird.

- Abstimmung: viele / keine / eine. Mit einer Enthaltung angenommen. -

Das StudentInnenparlament richtet im RefRat zum 01.01.2019 zwei Stellen à 41 Stunden pro Monat in Anlehnung an den TV Stud III zur Mitarbeit im Finanzreferat ein.

Mit der Umsetzung wird der RefRat beauftragt.

5.3 Finref: Haushalt 2019 (1. Lesung)

Max (Finanzen): stellt den Haushaltsplan 2019 vor, der wie üblich im Rahmen des Vorjahres

bleibt, außer dass ab dem Sommersemester 2019 der geänderte Beitrag zur Studierendenschaft berücksichtigt wird. Auf der Ausgabenseite stehen die höheren Stundenlöhne aufgrund des neuen TV Stud III.

Laura (Präsidium): erläutert, dass dies die erste Lesung ist. Beschlossen wird erst in der zweiten Lesung.

Niklas (PoS): hat Verständnisfragen. Telekommunikationsgebühren, dazu hat die HU wohl ungünstige Vertragsbedingungen. Titel 51143 ist stark angestiegen von 2018 auf 2019. Titel 87100 Nothilfe im Vergleich zu den Einnahmen in Titel 18203.

João (Finanzen): erläutert das Verfahren zur Nothilfe, diese wird im Einzelfall nach Beratung im SSBS beschlossen. Es ist ein Zuschuss in Notsituationen, so dass daher mit wenig Rückfluss zu rechnen ist. Zu Geräte-Ausstattungen ist zu sagen, dass 2018 sehr wenig ausgegeben wurde für Computer und andere Technik, in 2019 ist wieder mit mehr zu rechnen. Ein Titel ermächtigt zur Ausgabe, jede einzelne Ausgabe wird separat beschlossen. Gebühren für Telekommunikation sind leider nicht anders machbar, es gelten andere Tarife für die nicht private Nutzung wie an einer Uni. Idee von Handys scheitert am großen Aufwand für Inventarisierung und genaue Abrechnung. Die Versorgung stellt die HU bereit, Einrichtung eigener Infrastruktur wäre ein noch größerer Aufwand.

Johannes (BuT): fragt nach, warum die höheren Einnahmen nicht in der Gesamtübersicht sichtbar sind.

João (Finanzen): das liegt daran, dass 2018 der Nachtragshaushalt aufgeführt wird, der zusätzlich den Überschuss des Vorjahres beinhaltet.

Johannes (LiLi): die Telekommunikationsgebühren beinhalten auch die Fachschaften.

- João (Liste LuSt): *GO-Antrag zur Wiedereröffnung der Redeliste, die sonst wegen dreier Männer nacheinander geschlossen würde. Keine Gegenrede.* -

David (RCDS): fragt nach, welche Daten im RefRat mit studentischem Budget gespeichert werden, gemeint ist Titel 42701 im Kapitel 34444. Weitere Nachfrage zu Titel 51432, 51803, 53101, 68579.

João (Finanzen): Titel 42701, Begründung „Datenbank“ ist ggf. Kosten für die Entwicklung die Datenbank im Semesterticketbüro zur Bearbeitung der Anträge zum Sozialfonds. 51432: Foto- und Videomaterial u.a. Medienraum oder andere Kosten für Materialbedarf. 51803: Gemietet werden Kopiergeräte im RefRat und SSBS. 53101: das sind jegliche Ausgaben von allen Bereichen für z.B. Flyer, Plakate von RefRat und Fachschaften. 68579 Mitgliedsbeiträge betreffen im Moment vor allem Fachschaften, die in Dachverbänden Mitglied sind.

Niklas (PoS): wünscht sich mehr Informationen zur Nothilfe. Semesterticket-Haushalt (Kap. 34444), fragt nach zu 35.000 Beitrag zahlenden Studierenden, sonst sind es 37.000 im StuPa-Haushalt (Kap. 33333). Interessiert sich für die Verteilung des Geldes innerhalb des Semesterticket-Haushalts, da Personalkosten hoch seien.

João (Finanzen): bestätigt, dass weniger Studierende den vollen Semesterticket-Beitrag zahlen als eingeschrieben sind, daher der Unterschied der Zahl zwischen StuPa- und Semesterticket-Kapitel. Im Semesterticketbüro sind selbstverständlich die Personalkosten gestiegen, aber dieses Personal ist ja nötig für genau die Bearbeitung der Anträge. Das Finanzreferat ist nicht zuständig für die Verteilung der Gelder, eine Änderung der Sozialfondssatzung z.B. zur Erhöhung des Sozialfondsbeitrags könnte das StuPa beschließen.

David (RCDS): fragt nach, ob „Die richtige Einstellung“ berücksichtigt ist.

João (Finanzen): erläutert weiteres.

5.4 IG HDH: Mitgliedschaft im DaKS

Schada (Eu3T und IG HDH) stellt den Antrag vor. Es wird demnächst Beratung nötig wegen der Veränderungen im Kinderladen „Humbolde“ und dem Aufbau der Elternorganisierten Betreuung. Auch Fortbildungen und z.B. Erste-Hilfe-Kurse könnten teils kostenlos in Anspruch genommen werden.

Bernd (IG HDH) ergänzt zum Wert der Mitgliedschaft für die Kinderbetreuungsangebote der Studierendenschaft.

- Abstimmung: viele / keine / zwei. Bei zwei Enthaltungen angenommen. -

Das StuPa beantragt eine Mitgliedschaft im Dachverband Berliner Kinder- und Schülerläden (DaKS) e.V. für die Studierendenschaft der HU Berlin, um für die Kinderbetreuungsangebote der Studierendenschaft Beratung und Anbindung zu erhalten. Das StuPa sagt die Finanzierung des monatlichen Beitrags an den DaKS zu.

Mit der Umsetzung wird der Referent_innenRat beauftragt.

5.5 Die richtige Einstellung: Haushalt 2019

Tobi (LiLi) stellt den Antrag vor und nennt die Website <https://www.refrat.de/dre/>. Im Jahr 2018 wurde mangels Bedarf kein Geld ausgegeben. Generell wird nicht grundsätzlich das gesamte Volumen der beantragten Haushalte tatsächlich ausgegeben. Inzwischen ist neuer technischer Bedarf vorhanden. Wirbt für Mitmachen bei der „Richtigen Einstellung“, es gibt viel zu lernen. David (RCDS): fragt nach Verfahren zum Ausleihen.

Tobi (LiLi): erklärt die üblichen Verfahren, normalerweise geht das per Email.

Lotte (LGV): fragt nach Zukunft der Aktiven und Verwendung des Materials.

Tobi (LiLi): wirbt für Mitmachen, sichert zu, dass die Geräte natürlich weiterhin verfügbar sein werden. Rechnet vor, dass schon Zehntausende Euro an sonst privat zu tragenden Kosten für die Studierenden gespart werden konnten, die sich Technik ausleihen konnten.

- Abstimmung: viele / keine / zwei. Mit zwei Enthaltungen angenommen. -

Das Studierendenparlament beschließt den Haushalt 2019 der Initiative “Die richtige Einstellung in Höhe von 5.000 Euro.

5.6 LiLi: Brasilien

Tobi (LiLi): stellt den Antrag vor und gibt etwas Hintergrund zur Präsidentschaftswahl in Brasilien. Es wurden viele Studierende verhaftet.

David (RCDS): stellt einen Ergänzungsantrag, sieht die Wahl Bolsonaros als das kleinste Übel an. Ein Ergänzungsantrag wird verteilt. Erläutert seine Ansichten zu vergangenen brasilianischen Regierungen und ihrer Verwicklungen in Regimes anderer südamerikanischer Länder.

Tobi (LiLi): übernimmt den Änderungsantrag nicht. Kommentiert Davids Ansichten ablehnend und verweist auf Äußerungen von Bolsonaro, der bereit sei, politische Gegner_innen zu foltern und umzubringen.

Lotte (LGV): kommentiert den Ergänzungsantrag, der in die Richtung gehe, den vorliegenden Antrag zu relativieren, und ein anderes Thema aufmache.

João (Liste LuSt): bestätigt, dass der portugiesischsprachige Teil des Antrags dem deutschsprachigen entspricht. Ergänzt, dass dort Universitäten angegriffen wurden und auch Lehrmaterial eingezogen wurde, was der Lehr- und Meinungsfreiheit stark widerspricht.

Entgegnet David, rät zu einem separaten Antrag.

Bengt (Jusos): dankt für den Antrag der LiLi. Äußert Bestürzung über die Äußerung, dass der Faschismus nur das kleinere Übel wäre. Fordert den RCDS zum Bekenntnis zur Demokratie auf.

- Bengt (Jusos): Antrag auf Abbruch der Debatte. Malte (PoS) hält die Gegenrede: möchte David die Gelegenheit zur Erwiderung geben. Abstimmung Abbruch der Debatte: 19 / 16 / 6. Debatte abgebrochen. -

- Abstimmung Ergänzungsantrag (zusätzlich zum vorliegenden Antrag, streicht den portugiesischen Teil im ursprünglichen Antrag: 2 / viele / 2. Abgelehnt. -

- Abstimmung Antrag: sehr viele / 1 / 3. Antrag angenommen. -

Das Studierendenparlament der Humboldt Universität erklärt sich mit den Studierenden und Dozent_innen in Brasiliens Universitäten, die wegen ihrem Engagement gegen Jair Bolsonaro verfolgt werden, solidarisch. Es widerspricht und verurteilt Aussagen Bolsonaros, nach denen die Universitäten kein Ort für Protest und Widerstand seien 1 . Die Eingriffe seitens der brasilianischen Polizei, die das Ziel haben, Politik aus der Universität zu verbannen, verurteilen wir aufs schärfste 2 . Die von Parteimitglieder der PSL, Partido Social Liberal, die Bolsonaro unterstützte, ins Leben gerufene Denunziationskampagne gegen Studierende und Dozent_innen, die sich feministisch, LGBTI-solidarisch oder antifaschistisch positionieren, verurteilen wir als totalitären Einschüchterungsversuch und erklären uns mit den Betroffenen solidarisch 3 . Universitäten sind nicht abgekoppelt von den allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungen, sie müssen auch Orte der politischen Bildung sein. Als Studierende der Humboldt Universität verurteilen wir jeden Versuch, demokratische Rechte von Studierenden zu beschneiden, sei es auf formale Ebene durch Verbote, sei es auf praktische Ebene durch Polizeieinsätze und Einschüchterung. Wenn faschistische, homo- und transfeindliche, sexistische und rassistische Kräfte gesellschaftlich an Relevanz gewinnen, dann müssen wir erst recht dafür kämpfen, dass in Universitäten emanzipatorische Positionen vertreten und diskutiert werden. Den Studierenden in Brasilien gilt unsere volle Solidarität!

Portugiesisch:

O Parlamento Estudantil da Humboldt Universität demonstra-se solidário com os estudantes e professores brasileiros perseguidos por posições tomadas contra Jair Bolsonaro. Condena e repudia as declarações de Bolsonaro segundo as quais as universidades não devem ser locais de protesto e resistência. Condena também as ações da polícia brasileira com o objetivo de remover a política da universidade. Condena a iniciativa da parte de membros do PSL, partido de Jair Bolsonaro, com o objectivo de coleccionar denúncias contra estudantes e professores, que tomem posições feministas, solidárias com LGBT ou antifascistas e considera esta iniciativa como uma tentativa totalitária de intimidação. Estamos solidários com todos aqueles por ela afetados. As universidades fazem parte da sociedade e devem ser locais de educação e discussão política. Como estudantes da HU condenamos qualquer tentativa de cortar direitos democráticos dos estudantes, seja formalmente através de proibições, seja por vias práticas, através de ações policiais ou de intimidação. Quando forças fascistas, homo- e transfóbicas, sexistas e rassistas ganham relevância social, reforçamos a necessidade de

lutar para que as universidades sejam locais onde posições emancipatórias sejam propostas e discutidas. Solidariedade com os estudantes brasileiros!

5.7 Referat LuSt: Solidarisierung AStA Uni Osnabrück

Jule (Referat Lehre und Studium): erläutert den Antrag. Aufgrund eines Beutel-Aufdrucks wurde von verschiedenen Gruppen gefordert, den AStA der Uni Osnabrück aufzulösen. Der benannte Spruch ist schon alt. In Osnabrück fordern die Junge Union und die LHG die Abschaffung des AStA wegen solch eines Spruchs, an der HU versucht die HU-Leitung gegen die Studierendenschaft mit bürokratischen Maßnahmen vorzugehen. Solch ein Spruch sollte eigentlich nicht so ernst genommen werden, hat zum Hintergrund ein Anliegen, für das sich auch das Referat für Lehre und Studium einsetzt. Es geht um die Freiheit des Studiums ohne Zwang der Studienzeit durch die Regelstudienzeit, die rechtlich ja eine Verpflichtung für die Universitäten ist, das Studium in dieser Zeit zu ermöglichen. Für viele Studierende ist es aber u.a. wegen nötiger Erwerbstätigkeit gar nicht möglich, in der Regelstudienzeit alle Leistungen zu erbringen, und auch diese Studierenden haben das Recht und müssen Möglichkeiten bekommen zu studieren. Es muss auch möglich sein, sich im Studium zu bilden und nicht nur eine Ausbildung zu durchlaufen, die schnell ins Berufsleben führt. Das LuSt-Referat möchte sich mit dem Antrag gegen die Diffamierungen aufgrund dieses humorvoll gemeinten Spruchs stellen.

Max (StupaProg): bedauert, dass der Antrag erst kurzfristig einging. Fragt nach dem konkreten Zweck des Antrags. Sieht Zustimmung für den Teil des Antrags, der die Angriffe auf die Studierendenschaft der HU verurteilt, aber nicht unbedingt genau so viel wie für die Solidarisierung mit dem AStA und dem Beutelspruch.

Michi (qFLGBTIQ): betont, dass viele Studierende Unterstützung für die Teilnahme am Studium brauchen, die hier im Antrag gemeint sind. Es geht um eine starke Äußerung der Unterstützung für diese Studierende. Es ist auch möglich, für den Antrag zu stimmen, ohne komplett den Spruch auch so zu tragen.

Max (StupaProg): fragt nach, ob der Spruch als Lapalie angesehen wird. Wiederholt seinen Beitrag.

Jule (Referat LuSt): der Antrag will nicht den Spruch verteidigen, sondern thematisieren, dass wegen eines solchen Spruchs Studierenden ihr Recht auf Studium abgesprochen wird, und Studierenden in rechten Medien vorgeworfen wird, zu studieren. Es geht auch um die Legitimität von Studierendenschaften.

Laura (StupaProg): schließt sich Max an. Hätte gern Zeit gehabt für einen Änderungsantrag, möchte die Aussage zum Spruch abschwächen.

Jule (Referat LuSt): stellt klar, dass es sich um eine Solidarisierung mit dem AStA handelt, nicht mit dem Spruch oder dem Beutel.

Niklas (PoS): findet die politische Motivation des Spruchs gut, sieht aber, dass der Antrag im letzten Satz klar den Spruch unterstützt. Erläutert seine Probleme mit dem Antrag. Verweist auf die Arbeitsgruppe des StuPa an der HU, die sich mit Teilen der Vorwürfe gegen den AStA Uni Osnabrück beschäftigt. Änderungsantrag: Streichung des dritten Absatzes im Antrag. Sieht keine Unterstützung für die Formulierung „absurd“ in Bezug auf Kritik gegen den AStA.

Jule (Referat LuSt): betont, dass die Solidarisierung mit dem AStA Kern des Antrags ist, und unabhängig davon der Spruch im Antrag wiederholt wird.

João (Liste LuSt): erläutert, dass es z.B. der Jungen Union darum geht, den AStA als demokratische Vertretung der Studierendenschaft abzuschaffen.

Laura (StupaProg): sieht es so, dass der Antrag sich auch mit dem Spruch solidarisiert.
Vorliegende Änderungsanträge: 1. Streichung des dritten Absatzes, 2. Streichung des letzten Satzes.

- *Abstimmung über Änderungsantrag 1: 10 / viele / 5. Abgelehnt. -*
- *Abstimmung über Änderungsantrag 2: 13 / 23 / 3. Abgelehnt. -*
- *Abstimmung über den Antrag: viele / einige / wenige. Antrag angenommen. -*

Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin (StuPa HUB) schließt sich dem RefRat an [1] und solidarisiert sich mit dem AStA der Universität Osnabrück. Auf den Erstbeuteln des AStA der Universität Osnabrück ist dieses Wintersemester zu lesen "Für Deutschland keinen Finger krumm, 20 Semester Minimum". Ein harmloser Witz auf Kosten der, für viele Studis unrealistischen, Regelstudienzeit, sollte man meinen. Einige (neo)liberale und konservative Hochschulgruppen sahen das anders und in diesem Spruch eher einen "antideutschen, linksextremen" Slogan, der sogar zum Anlass genommen wurde, die Abschaffung des AStA zu fordern.

Obwohl diese unbegründete Forderung der Jungen Union nicht ernst genommen werden sollte, scheint sich derzeit der Trend abzuzeichnen Studierendenvertretungen aus den absurdesten Gründen anzugreifen und deren Legitimität in Frage zu stellen. Das erleben wir derzeit in einem geradezu abenteuerlichen Ausmaß selbst.

Wir teilen die Einschätzung des AStA über Regelstudienzeiten, Studienfinanzierung sowie zu der Studierendenvertretungen obliegenden Verantwortung, zur politischen Meinungsbildung Studierender beizutragen. Regelstudienzeiten sind gesetzliche Verpflichtungen für Hochschulen, nicht für Studierende. Sie verpflichten Hochschulen dazu, ihre Studiengänge so zu gestalten, dass sie innerhalb einer bestimmten Zeit studier- und abschließbar sind. Sie sollten daher für Studierende eher einen Richtwert darstellen, als eine Verpflichtung. Leider suggerieren idealtypische Studienverlaufspläne, sie müssten eingehalten werden. Und leider richten sich viele Studienfinanzierungsmöglichkeiten, wie Studienkredite, Stipendien, Hilfskraftstellen und das Bafög nach der Regelstudienzeit. Hieraus resultiert ein Leistungsdruck, der Studierenden nur geringen Spielraum lässt, ihr Studium über die Regelstudienzeiten hinaus zu gestalten; ein Leistungsdruck, der Studierende mit Migrationsgeschichte und nichtakademischer sozialer Herkunft nachweislich strukturell benachteiligt; ein Leistungsdruck, der der häufigste Grund für einen Studienabbruch ist.

Dabei sind freie Gestaltungsmöglichkeiten die Grundlage eines humanistischen Bildungsideals, wie es beispielsweise die HU so gerne propagiert; sie sind die Grundlage für politisches Engagement und damit Voraussetzung für eine demokratische Universität; und sie könnten die Grundlage sein, für eine diversere Universität, die ihren gesellschaftlichen Bildungsauftrag ernst nimmt, statt ihn der Verwertbarkeit und Regelstudienzeiten zu unterwerfen.

In diesem Sinne schließen wir uns dem AStA der Uni Osnabrück an und fordern: Für Deutschland keinen Finger krumm, 20 Semester Minimum!

6 Sonstiges

Max (StupaProg): bedankt sich beim Präsidium, dass die Sitzung in Adlershof vorbereitet wurde.
Wünscht eine schöne Heimfahrt.

David (RCDS): bedauert das Abstimmungsergebnis zu seinem Änderungsantrag.

João (Liste LuSt): betont, dass Menschenleben nicht egal sind, nur der eingebrachte Änderungsantrag war nicht gut.

Ende der Sitzung: 22:22 Uhr.

Für die Richtigkeit: Das Präsidium.

Darstellung der Ergebnisse: Ja / Nein / Enthaltungen (/ Ungültige)

Protokoll der Diskussionen teilweise gekürzt.